

Tödliche Messerattacke am S-Bahnhof

■ **München** (epd). Nach einer tödlichen Messerattacke am S-Bahnhof Grafing bei München haben die ersten Ermittlungen den Verdacht eines Terroranschlags weitgehend ausgeräumt. Die Polizei geht von einem Einzeltäter ohne Bezüge zu islamistischen Terrornetzwerken aus.

Bei seinen Angriffen auf vier Männer hatte der 27-Jährige laut Zeugenaussagen „Allahu akbar“ („Allah ist groß“) und „Ihr Ungläubigen, ihr müsst sterben“ gerufen. Allerdings habe der aus Hessen stammende Täter nach seiner Festnahme einen wirren Eindruck gemacht, die Aufklärung seines Motivs sei entsprechend schwierig, sagte Lothar Köhler von der Staatsschutzabteilung des bayerischen Landeskriminalamtes.

Der aus dem Großraum Gießen stammende Täter hatte einen 56-Jährigen so schwer verletzt, dass dieser im Krankenhaus starb. Drei Männer im Alter von 58, 55 und 43 Jahren wurden teils schwer verletzt, bevor Polizeibeamte den 27-Jährigen noch in der Nähe des Tatortes festnahmen. Die Tatwaffe, „eine Art Survival-Messer in einem Leder-Etui“, habe der Mann noch bei sich getragen, sagte Günther Gietl, Vizepräsident des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord. Er habe keinen Widerstand geleistet.

Sowohl den Tatort als auch die Opfer wählte der arbeitslose Schreiner vermutlich zufällig aus. Er sei am Montag mit dem Zug nach München gekommen und noch in der Nacht vom Hauptbahnhof aus nach Grafing weitergefahren.

Erst am Wochenende sei der 27-Jährige in Hessen auffällig geworden, weil er „wirres Zeug“ geredet habe, sagte LKA-Ermittler Köhler. Die alarmierten Polizisten hätten eine ärztliche Untersuchung in die Wege geleitet. Unklar blieb, ob der Mann bei der Tat unter Drogeneinfluss stand. Verfahren wegen Drogenbesitzes seien nicht bekannt, sagte LKA-Ermittler Köhler. Allerdings habe der Messerstecher ausgesagt, bereits Drogen konsumiert zu haben.

Putzfrau wischt bei SPD kräftig durch

TV-Auftritte: Die Gelsenkirchener Reinigungskraft Susanne Neumann spricht für eine breite Masse und erinnert die Sozialdemokraten mit deutlichen Worten an ihren Ursprung



Zeigt klare Kante: Susanne Neumann (56) aus Gelsenkirchen, hier im April in der ARD-Talkshow Anne Will.

FOTO: ARD

Von Sina Wollgramm

■ **Bielefeld.** Sie hat Sigmar Gabriel die Leviten gelesen. Wenige Minuten später wird ihr Auftritt bei der Gerechtigkeitstagung der SPD zum Hit im Internet und Susanne Neumann (56) zur gefragtesten Reinigungskraft der Republik. Hinter der Frau, die für eine breite Masse spricht, stehen 38 Jahre harte Arbeit als Putzfrau, anstrengende Jahre als zweifache Mutter und mancher Schicksalsschlag.

Was die zweite von drei Töchtern aus einer Beamtenfamilie unverblümt sagt, kommt an – die Medien stürzen sich auf sie: Aufzeichnungen für Markus Lanz, das Sat1-Frühstücksfernsehen, Stern TV – die Liste nimmt kein Ende.

Sie alle hängen an den Lippen einer Frau, die in der Gelsenkirchener Innenstadt geboren, aufgewachsen und zur Schule gegangen ist. „Nach meiner mittleren Reife mit Abiqualifikation habe ich eine

Ausbildung zur Dekorateurin begonnen, diese aber abgebrochen, als meine Tochter unterwegs war.“ Es folgt eine weitere Tochter. Mit zweieinhalb Jahren darf die mit der älteren Schwester 1981 in den Kindergarten. Neumann beginnt als Reinigungskraft für eine Gebäudefirma. Für dreieinhalb Stunden, denn die Kinder sind nur von 8 bis 12 Uhr betreut. Seit 1996 arbeitet sie acht Stunden täglich. „Was mir ganz wichtig ist: Nicht alle, die im Niedriglohnsektor arbeiten, sind dumm. Man glaubt nicht, wie viele gebildete Frauen wegen der Kindererziehung am Schrubber hängen.“

Aber nicht alles lässt sich planen. 2010 erleidet ihr Ehemann einen Herzinfarkt. Er überlebt, „aber man fragt sich, wofür man eigentlich lebt, wenn es das jetzt schon gewesen sein soll“. Dann trifft es sie selbst: Susanne Neumann erkrankt an Krebs. Seit Mai 2015 ist sie krankgeschrieben. Aber auch das hält das „echte

Ruhrpottkind“ nicht davon ab, für Gerechtigkeit einzutreten.

Weil ihr Arbeitgeber „irgendwann die Frechheit gewessen hat, eine 50-Euro-Prämie auszusetzen, damit die Mädels aus der Gewerkschaft austreten“, zeigte Neumann, die sich 15 Jahre als Betriebsrätin engagiert und die IG-Bau unterstützt, hemmungslos Flagge in einem TV-Beitrag.

„Danach kam ein Anruf der Redaktion von Anne Will.“ Im April diskutierte Neumann in deren Talkshow mit NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft. „Aus Spaß habe ich gefragt, ob sie eine Beitritts-

erklärung dabei hat.“ Das hatte Kraft und damit ein SPD-Mitglied mehr. Susanne Neumann trat kurzerhand ein.

Ganz allein „aus Spaß“ hat sie diesen Schritt nicht gemacht. Der wahre Grund: „Die rechten Parteien machen mir unheimlich Angst.“ Die Leute seien verständlicherweise frustriert, aber ihren Protest zeigten sie auf die falsche Art, wenn sie diese Parteien wählen. „Was haben die für ein Programm? Die Frauen an den Herd, keinen Mindestlohn mehr – das ist ja Steinzeit.“

Wenn Putzfrau „Susi“ an der Spitze stünde, wohin würde

sich die SPD bewegen? „Sofort zurück zu ihren Wurzeln, und die ganze Führungsriege würde ich drei Monate mit über die Baustellen und in die kleinen Betriebe nehmen, damit sie mal sehen, was dort mit den Menschen gemacht wird.“

Dann, so Neumann, kämen die befristeten Verträge weg, die Leiharbeit würde auf drei Monate begrenzt, damit sich der Unternehmer nicht mehr drücken könne und es keine zwei Klassen mehr gebe, „wo der eine am Fließband 30 Euro die Stunde bekommt und der andere nur 8“.

Der Kündigungsschutz sollte ab 5 Beschäftigten greifen. Die 15 Prozent Arbeitgeberanteil sollten an den Arbeitnehmeranteil angepasst werden. Und in die Rentenkasse würden auch Politiker, Selbstständige und Ärzte einzahlen. „Ihre politischen Ambitionen? „Ich lasse das mit der SPD auf mich zukommen. Ich bin eine Reinigungskraft. Und realistisch.“

Ende der Förderung von Minijobs

◆ Der Deutsche Gewerkschaftsbund sagt Minijobs in Privathaushalten den Kampf an. Die Idee, mit diesen Jobs eine Legalisierung der Arbeit von Putzkräften zu erreichen, sei gescheitert.

◆ Stattdessen sollten Modelle entwickelt werden, wie private Hilfen über professionelle Anbieter organisiert werden können. Schwarzarbeit solle in Privathaushalten strenger kontrolliert werden.

Ex-Vorstand von Bertelsmann hat Chancen auf Kanzlerposten in Österreich

Fayman-Rücktritt: Die SPÖ sucht einen Nachfolger an der Regierungsspitze. Gerhard Zeiler, der früher Geschäftsführer von RTL war, gilt als Mitfavorit. Doch auch Neuwahlen scheinen in der Alpenrepublik noch möglich

Von Matthias Röder

■ **Wien.** Am Tag eins nach der Ära Faymann herrscht in der Alpenrepublik auch Erleichterung. „Das kann der erste Schritt für einen Neubeginn in Österreich sein“, kommentierte der von den Grünen unterstützte Präsidentschaftskandidat Alexander Van der Bellen. Ob der Neubeginn nur einen Neustart der amtierenden rot-schwarzen Regierung oder Neuwahlen bedeutet, ließen die Polit-Strategen offen.

„Kurzzeit-Kanzler“ Reinhold Mitterlehner nutzte seine erste Pressekonferenz zu einer Warnung an den Koalitionspartner SPÖ. In mehreren Punkten müsse die Zusammenarbeit verbessert werden. Eine Abkehr von der restriktiven Flüchtlings- und Asylpolitik komme nicht infrage.

„Das müssen keine Sollbruchstellen sein, aber man kann sie natürlich dazu machen“, analysiert der Politikberater Thomas Hofer. Jedenfalls deutet die ÖVP an, dass sie nicht bereit sei, die Koalition um jeden Preis fortzuführen. Im Polit-Deutsch des ÖVP-Chefs heißt die mehrdeutige

Botschaft: „Wir sind nicht an Neuwahlen per se interessiert, sondern an weiterarbeiten.“

„Weiterarbeiten“ und damit Neuwahlen umgehen – das wollen die Sozialdemokraten unbedingt. Denn mit dem Abgang von Kanzler und SPÖ-Chef Werner Faymann ist zwar ein unpopulärer Regierungschef von der großen Bühne verschwunden, aber die tiefgreifenden Probleme der Sozialdemokraten bleiben. „Die Schlüsselfrage ist nicht, bin ich paarungswillig mit der FPÖ, sondern die Schlüsselfrage ist, wie stoppe ich mit inhaltlichen Argumenten den Wählerschwund Richtung FPÖ?“, sagt der Politikwissenschaftler Peter Filzmaier. Die rechte FPÖ ist die neue Arbeiterpartei der Alpenrepublik.

Politikberater Hofer erwartet bei der SPÖ zumindest ein Aufweichen der bisher strikten Anti-Haltung auf Bundesebene zu den Rechtspopulisten. Die politische Vorlage dazu hat vor einer Woche Ex-Kanzler Franz Vranitzky geliefert. In einem Interview wies er darauf hin, dass die „Vranitzky-Doktrin“ zur Ablehnung der FPÖ allein auf der

Person des höchst umstrittenen Rechtspopulisten Jörg Haider beruht habe. „Haider hatte keine Handschlagqualität. Und ich wollte mit einem,

der sich nicht vom Nationalsozialismus abgrenzen wollte, keine Bundesregierung.“ Ein Überdenken der SPÖ-Position zur FPÖ sei möglich.

Dass Manager wie ÖBB-Chef Christian Kern und Ex-Bertelsmann-Vorstandsmitglied Gerhard Zeiler als Favoriten für den Posten als Re-

gierungschef gehandelt werden, gilt als bezeichnend für den Zustand der SPÖ. „Es ist schon ein Sittengemälde der Sozialdemokratie, dass die Hauptqualifikation zu sein scheint, bloß nicht aus dem derzeitigen inneren Führungskreis zu kommen“, sagt Filzmaier. Beide haben sich nach dem Rücktritt noch nicht selber zu Wort gemeldet.

Wie dramatisch die Abläufe hinter den Kulissen am Montag waren, zeigen Recherchen der Wiener Zeitung *Kurier*. Danach war Faymann mit seinem Rücktritt einem „Königsmord“ durch die Genossen nur knapp zuvor gekommen. Fünf Landeschefs der SPÖ hatten danach in einem Wiener Hotel am Morgen beschlossen, einen außerordentlichen SPÖ-Sonderparteitag einberufen zu lassen – faktisch eine Rücktrittsforderung. Als Faymann davon erfahren habe, habe er sofort die Flucht nach vorne angetreten.

Die ÖVP dagegen hat gerade einen aufstrebenden neuen Star: Außenminister Sebastian Kurz. Er würde so gut wie sicher Spitzenkandidat der Konservativen.

DIE KANDIDATEN DER SPÖ



Christian Kern (50)

Der Chef der österreichischen Bundesbahnen ÖBB gilt schon lange als möglicher Kandidat für einen Neuanfang der SPÖ. Er sei pragmatisch und modern, heißt es. Der Wiener wurde in der SPÖ groß, hat aber auch Erfahrung in der Wirtschaft. In der Flüchtlingskrise hat Kern als „Macher“ viele Sympathiepunkte gesammelt: Bei Versorgung und Transport Tausender Flüchtlinge übernahmen die ÖBB eine führende Rolle.



Brigitte Ederer (60)

Medien bezeichnen sie gern als „Österreichs Angela Merkel“. Als ehemalige Europa-Staatssekretärin der SPÖ war sie maßgeblich an den EU-Beitrittsverhandlungen der Alpenrepublik beteiligt. Nach ihrer Zeit in der Partei machte sie eine steile Karriere in der Privatwirtschaft. Sie war jahrelang im Vorstand von Siemens. Sie wäre eine Kompromisskandidatin der Partei. Ederer schloss eine Rückkehr in die Politik aber immer aus.



Gerhard Zeiler (60)

Der TV-Manager ist bestens in der internationalen Politik- und Medienwelt vernetzt. Der Sozialdemokrat war einst mit Unterstützung der Partei zum ORF-Generalintendanten aufgestiegen, wechselte dann nach Deutschland und kam bis in die Führungsebene von RTL. Seit 2012 ist er beim Turner Broadcasting System und lenkt von London aus 160 TV-Kanäle und 3.800 Mitarbeiter. Der Wiener brachte sich selbst als Thronfolger ins Spiel.

EXTRA 3

Zitat des Tages

»Wir können nicht auf jeden Bahnhof rund um die Uhr Polizisten stellen.«

Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, äußert sich in der *Rheinischen Post* zur Messerattacke von Grafing. Ein vollständiger Schutz der Bevölkerung sei nicht möglich.

Zahl des Tages

70.000

gefälschte Turnschuhe haben die Hamburger Zollbehörden beschlagnahmt. Die vermeintliche Markenware, zum größten Teil mit dem Logo der Firma Nike, kam aus China und sollte wohl in Europa verkauft werden.

Kopf des Tages



Hildegard Hamm-Brücher

Die lange als „Grande Dame“ der FDP gefeierte Liberale wird heute 95 Jahre alt. Doch diesmal will sie sich nicht feiern lassen, sondern macht einen „Anti-Geburtstagsrummel-Urlaub“, wie sie sagt. Hamm-Brücher studierte Chemie, promovierte und zog 1948 in den Münchner Stadtrat ein. Später war sie Bundestagsabgeordnete und Staatsministerin im Auswärtigen Amt unter Außenminister Hans-Dietrich Genscher. 1994 schickte die FDP sie ins Rennen um das Amt des Bundespräsidenten. Hamm-Brücher unterlag aber Roman Herzog. 2002 trat sie aus der FDP aus.

Schweizer Stadt akzeptiert Digitalwährung

■ **Zug** (dpa). Als international erste Behörde akzeptiert die Verwaltung im schweizerischen Zug die Digitalwährung Bitcoin. Die wohlhabende Kommune am Zugersee schreibt damit Geschichte, berichtete die *Neue Zürcher Zeitung*. Zunächst weitgehend unbemerkt von der breiten Öffentlichkeit hatte der Zuger Stadtrat am 3. Mai beschlossen, im Rahmen eines Pilotprojekts ab dem 1. Juli Bitcoins für Leistungen des Einwohneramtes bis zu 200 Franken (180 Euro) als Zahlungsmittel anzunehmen.

Man wolle damit für Firmen der digitalen Finanzbranche ein Zeichen setzen, erklärte Stadtpräsident Dolfi Müller. „Das ist weltweit das erste Mal, dass auf staatlicher Ebene Bitcoins als Zahlungsmittel akzeptiert werden“, sagte Niklas Nikolajsen, Geschäftsführer der Bitcoin Suisse AG. In der Region Zug haben sich in den vergangenen Jahren rund 15 Firmen der digitalen Finanzbranche angesiedelt. Mit Blick auf das Silicon Valley in den USA wird sie bereits „Crypto Valley“ genannt.